

## Bern

# GVB soll keine Vermögen verwalten

Der Revision des Gebäudeversicherungsgesetzes stimmte der Grosse Rat in der ersten Lesung zu. Bestritten waren einzelne Punkte im Gesetz: neue Nebentätigkeiten der GVB und neue Zusatzversicherungen.

## Mireille Guggenbühler

Hausbesitzer im Kanton Bern kommen nicht darum herum: Ihre Liegenschaften müssen sie obligatorisch bei der Gebäudeversicherung (GVB) versichern lassen. Die gesetzliche Grundlage für die GVB bietet das Gebäudeversicherungsgesetz, es regelt den Leistungsauftrag der Versicherung und - es stammt aus dem Jahr 1971. Jetzt, beinahe 40 Jahre später, hat der Grosse Rat über die Revision des Gebäudeversicherungsgesetzes diskutiert.

Die Revision des Gesetzes an und für sich war im Parlament unbestritten. Mit der Revision des Gesetzes soll sich die GVB vorab auf die veränderte Risikolage und den erwarteten weiteren Kostenanstieg vorbereiten können. Betrogen beispielsweise die Elementarschäden 1971 bis 1980 noch 201 Millionen Franken, sind sie von 2001 bis 2009 auf 850 Millionen Franken angestiegen. Daneben soll mit der Gesetzesrevision die Organisation der GVB den heutigen Anforderungen angepasst werden.

Bestritten war im Parlament nun, in welcher Form und mit welchen Mitteln sich die GVB auf die Zukunft vorbereiten und die (erwarteten) künftigen Schäden tragen soll.

## Zwei umstrittene Punkte

Während die Parlamentslinke die Gesetzesvorlage in der gestrigen ersten Lesung unverändert durchwinken wollte, bekundeten die Bürgerlichen mit einigen Gesetzesartikeln Mühe. Umstritten waren vorab zwei Punkte: die möglichen Nebentätigkeiten der GVB sowie die freiwillige Gebäudewasserversicherung, welche die GVB neu anbieten können soll. Die Eröffnung solcher neuer Geschäftsfelder, so die Idee, würde unter anderem dazu dienen, der GVB neue Einnahmequellen zu erschliessen. Die Verluste aus dem Versicherungsgeschäft sollen sich verringern.

## «Handlungsspielraum erweitern»

Mit Nebentätigkeiten wie Vermögensverwaltung, Erbringen von Dienstleistungen im Infrastrukturbereich, Beratungen in der Schadensprävention oder Schätzungen von Gebäuden will der Regierungsrat den «unternehmerischen Handlungsspielraum der GVB angemessen» erweitern und die finanzielle Basis der GVB breiter abstützen, wie es im Vortrag des Regierungsrats an den Grosse Rat heisst.

Den im Gesetz festgelegten Nebentätigkeiten konnte aber beispielsweise die FDP-Fraktion nur wenig abgewinnen: «Das ist eine Ausdehnung der Geschäftstätigkeit auf Kosten der Privatwirtschaft», sagte etwa Hans Baumberger



Regierungsrat Andreas Rickenbacher (sp) und Grossrat Bernhard Antener (sp) beraten sich während der Debatte. Foto: Adrian Moser

(Langenthal) mit Blick auf die Monopol-situation der GVB. Aus «ordnungspolitischen Gründen» sei dies deshalb abzulehnen, die Nebentätigkeiten ergäben keinen volkswirtschaftlichen Nutzen für den Kanton Bern. Und: «Mit diesen Nebentätigkeiten will die GVB 100 Millionen Franken erwirtschaften - wie das ohne Ausweitung der personellen Ressourcen erfolgen soll, ist mir schleierhaft.»

Auch die SVP fürchtete, dass die Nebentätigkeiten mehr Schaden statt Nutzen bringen würden: «Wir gefährden damit Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft», sagte Andreas Blank (Aarberg). Die bürgerlichen Sprecher fürchteten zudem eine Quersubventionierung der Nebentätigkeiten durch die GVB und damit einhergehend eine Wettbewerbsverzerrung. Zudem gaben sie zu bedenken, dass die Gebäudeversicherung ihr Risiko nicht verteile, sondern gar erhöhe, wenn sie sich beispielsweise in die Vermögensverwaltung wagen würde.

## Rüge des «Lobbyengagements»

Dagegen wehrte sich die Linke. «Es kann gar keine Quersubventionierung geben.

Die Gesellschaften, welche die Nebentätigkeiten anbieten, müssen eigene Gesellschaften sein und am Markt arbeiten. Die Risiken treffen dann auch diese und nicht den gesamten Kanton», sagte etwa SP-Grossrat Peter Bernasconi (Worb), der bereits in der Eingangsdebatte das Engagement der «Privatversicherungslobby» in den Wochen vor der Diskussion im Parlament rügte. Ihm gleich tat es dann später auch Fritz Indermühle (sp, Schwarzenburg): «Für wen reden wir hier eigentlich - für die Bevölkerung oder die Versicherungen», fragte er die Bürgerlichen leicht genervt.

## Keine Vermögensverwaltung

Schliesslich sprach sich eine knappe Mehrheit des Parlaments dagegen aus, dass die GVB Dienstleistungen für Infrastrukturen anbieten darf. Darunter fällt beispielsweise die Führung der Buchhaltung von Partnern. Mit 78 zu 67 Stimmen lehnte der Grosse Rat zudem auch das Engagement der GVB im Bereich der Vermögensverwaltung ab. Zustimmung hingegen fanden folgende Nebentätigkeiten der GVB: die Schadensabwicklung für Dritte, Beratungen in der

Schadenprävention und die Schätzung von Gebäuden.

Zu reden gab im Parlament auch die geplante Gebäudewasserversicherung, welche die GVB neu anbieten will. Im Gegensatz zu den erwähnten Nebentätigkeiten, die über Tochtergesellschaften angeboten werden sollen, darf die GVB diese Versicherung gemäss Gesetz selbst anbieten.

Regierungsrat Andreas Rickenbacher (sp) verwies auf die Kantone Aargau und Baselland, in welchen eine solche Versicherung durch die dortige kantonale GVB bereits angeboten werde. Er betonte, dass die GVB aus «Kulanzgründen» bereits Kosten für Wasserschäden übernommen hätte, die nicht mit Naturereignissen zu tun gehabt hätten. Hier bestehe eine Versicherungslücke. Der Rat indes wies nach einer längeren Diskussion die entsprechenden Bestimmungen zurück. Die zuständige Kommission soll nun für die zweite Lesung aufzeigen, ob für ein «wettbewerbsgerechtes und marktkonformes Angebot einer zusätzlichen Gebäudewasserversicherung die Schaffung einer eigenständigen Gesellschaft nötig ist», wie es im entsprechenden Antrag heisst.

## Bürgerliche wollen diesmal gewinnen

Die Grossratsmehrheit will in der zweiten Lesung zum Steuergesetz auch die Vermögen entlasten.

Das Ringen um die Steuern im Kanton Bern geht weiter: Die vorbereitende Kommission des Grossen Rats hält an der grosszügigeren Senkung der Einkommenssteuer fest. Gegen den Willen der Regierung verlangt sie zudem Entlastungen bei der Vermögenssteuer. Dieser Antrag war in der ersten Lesung im Kantonsparlament am Stichtentscheid der Präsidentin gescheitert - für die Bürgerlichen war dies ein ärgerlicher Lapsus («Bund», 26. 11.). Nun beantragt die Kommission Entlastungen bei der Vermögenssteuer in der Höhe von 21,5 Millionen Franken (Kanton) und 11,3 Millionen (Gemeinden).

Damit soll der Kanton im Steuerwettbewerb besser positioniert werden, teilte die Kommission gestern mit. In der ersten Lesung hatte sich der Grosse Rat bereits grosszügiger als die Regierung gezeigt und sich knapp für eine weitergehende Senkung der Einkommenssteuer entschieden. Die Regierung hatte aus Spargründen eine abgespeckte Variante bevorzugt. Wegen der angespannten Finanzlage will die Kommission nun auch, dass die weitergehenden Entlastungen bei der Einkommenssteuer, die 128 Millionen Franken ausmachen, erst ab 2012 zum Tragen kommen. Im Steuerjahr 2011 soll nur die kalte Progression ausgeglichen werden.

## Mit einer Variante im Köcher

Die Kommission hat zudem einen Eventualantrag beschlossen, um den Stimmberechtigten im Fall einer Volksabstimmung eine Variante unterbreiten zu können. Darin entfallen die zusätzlichen Entlastungen bei der Einkommenssteuer. Die Kommission steht aber nicht geschlossen hinter den Anträgen. Eine Minderheit ist gemäss Mitteilung der Ansicht, dass eine Steuersenkung in diesem Umfang nicht vertretbar sei. Die vorgeschlagenen Steuersenkungen führen 2011 zu Mindereinnahmen von 128,5 Millionen Franken (Kanton) und 67,6 Millionen (Gemeinden). Die Vorlage der Regierung vom Oktober 2009 sah Ertragsausfälle von rund 91 Franken beim Kanton und 48 Millionen bei den Gemeinden vor. Die zweite Lesung ist in der März-Session vorgesehen.

SP und Grüne reagierten mit harsher Kritik: Von «gefährlichen Steuer-spielen mit fatalen Folgen» schreibt die SP in einer Mitteilung, von «inakzeptabler Arroganz und Mehrheitspolitik von SVP und FDP» schreiben die Grünen. Für die SVP dagegen ist es «ein Schritt in die richtige Richtung». (sda/db)

Anzeige

**PRO SENECTUTE REGION BERN**  
Pro Senectute Region Bern bietet für Menschen ab 60 Jahren den **Steuerklärungsdienst** an.  
**Wann:** vom 10. Februar bis 14. Mai 2010  
**Wo:** Pro Senectute Region Bern, Muristrasse 12, Postfach, 3000 Bern 31, Beratungsstelle Bern-West, Bottigenstrasse 6, 3018 Bern Bei der Kundschaft zu Hause (Zuschlag: Fr. 10.-)  
**Wer:** Ein Team von 19 Mitarbeitenden steht zur Verfügung  
**Tarife:** ab Fr. 70.- BezügerInnen von Ergänzungsleistungen Fr. 40.- pauschal  
**Kontakt:** Telefon 031 359 03 03 region.bern@be.pro-senectute.ch www.pro-senectute-regionbern.ch

## Nein zum Pleitegeier – Nein zu neuen Schulden im Kanton Bern

**Um jeden Preis wollen SVP und FDP ihren Steuersenkungs-Fundamentalismus durchsetzen.**

**Damit treiben sie den Kanton Bern in die Schuldenfalle.**



Das sind die Folgen der verantwortungslosen Politik von SVP und FDP:

- Steuererhöhungen in den Gemeinden
- Neue Schulden von 500 Mio. Franken pro Jahr (zum Vergleich: 2008 betrug die Totalausgaben für den Verkehr 657 Mio. Franken)
- Sparen an allen Ecken und Enden, z.B. mit Schulklassenschliessungen, Abbau beim öffentlichen Verkehr, schlechteren Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal usw.

■ Verletzung der vom Volk beschlossenen Schuldenbremse

Weil sie vor einer Abstimmungsniederlage Angst haben, unterlaufen SVP und FDP mit Tricks die Volksrechte. Das ist undemokratisch.

Helfen Sie uns, diese Pleitegeierpolitik zu verhindern. Unterstützen Sie die Grünen.

## FAHRZEUGMARKT

Telefonische Anzeigenannahme

031 330 33 10

muelleruetolf.ch & Adrian Zahn

Monbijoustr. 61, Bern

MITGLIED WERDEN [www.gruenebern.ch](http://www.gruenebern.ch), [sekretariat@gruenebern.ch](mailto:sekretariat@gruenebern.ch)



551458-4